

Berlin Brief

von Josip Juratovic, Mitglied des Deutschen Bundestages

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,
sehr geehrte Damen und Herren,

das Topthema dieser Woche war natürlich die Abstimmung zum **Griechenland-II-Paket** am Montag in einer Sondersitzung des Bundestages. Ich habe diesem Paket zugestimmt, denn Griechenland braucht unsere Hilfe. Erstens können wir nicht den Zusammenbruch der öffentlichen Ordnung in Griechenland in Kauf nehmen. Das wäre die wahrscheinliche Folge eines vollständigen Bankrotts des Landes Mitte März. Zweitens ist es im europäischen Interesse, die drohende Ansteckung von Portugal, Spanien und Italien zu verhindern. Drittens handeln wir im deutschen Interesse. Es kann unserem Land, das 60 Prozent seiner Wirtschaftsleistung im Außenhandel mit der EU erzielt, auf Dauer nicht gut gehen, wenn es Europa schlecht geht. Ein Staatsbankrott wäre verheerend für die griechische Bevölkerung, ein katastrophales Signal für Europa und eine Gefahr für die Zukunft unseres Landes. Aus diesen drei Gründen trägt die SPD die Kredithilfen – und das sind akute Nothilfen – für Griechenland mit.

Allerdings sage ich klar und deutlich: Die Rettungspolitik der mehrheitlich konservativen europäischen Regierungen und an vorderer Stelle der Regierung Merkel ist zu einseitig und zu ungerecht, um langfristig erfolgreich zu sein. Haushaltseinschnitte, die auch vor den Investitionen nicht halt machen, wirken kontraproduktiv. Die soziale Schieflage der Anpassungsmaßnahmen gefährdet ihre Legitimität. Griechenland braucht Strukturreformen. Dazu gehört eine Finanzverwaltung, die endlich in der Lage ist, die Steuergesetze gegenüber den Wohlhabenden des Landes zur Geltung zu bringen. Der Staat muss Misswirtschaft, Klientelpolitik und Steuerhinterziehung bekämpfen. Dazu gehören auch Reformen auf dem Arbeitsmarkt, die auf mehr Beschäftigung angelegt sind.



Berlin-Brief, Ausgabe 113
2. März 2012

Meine Termine

Sitzungswoche des Bundestages
05.03. – 09.03.2012, Berlin

**Sitzung SPD-UV Untergruppenbach:
Referat zu solidarischer und gerechter
Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik**
09.03.2012, 19.30 Uhr, Untergruppenbach,
Stettenfelsgaststätte

Bürgersprechstunde
13.03.2012, 15 Uhr, Heilbronn, Bürgerbüro

Kreisparteitag SPD-Kreisverband Heilbronn-Land
15.03.2012, 19 Uhr, Neckarsulm, Genossenschaftsheim

Josip Juratovic MdB

Abgeordnetenbüro
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030-227-70107
josip.juratovic@bundestag.de

Bürgerbüro
Untere Neckarstr. 50
74072 Heilbronn
Tel. 07131-783616
josip.juratovic@wk.bundestag.de

Im Internet:
www.juratovic.de

Berlin-Brief regelmäßig per E-Mail bekommen? Einfach Bürgerbüro kontaktieren!

Damit aber überhaupt die realistische Chance besteht, diesen Weg zu gehen, müssen wir über eindimensionale Spardiktate und Schuldzuweisungen hinauskommen. Wir Sozialdemokraten fordern ein **Programm für den industriellen Wiederaufbau in Europa**, auch in Griechenland und anderen südeuropäischen Krisenstaaten, als zwingend notwendige Ergänzung und Voraussetzung, um den Erfolg von Spar- und Reformbemühungen überhaupt erst möglich zu machen. Die Bundesregierung ist in der Pflicht, ihre blinde Blockade aufzugeben und gemeinsam mit den europäischen Regierungen die Voraussetzungen für solch ein ergänzendes umfassendes Wachstumsprogramm zu schaffen. Die Bemühungen des letzten informellen EU-Gipfels um die Fragen Wachstum und Jugendarbeitslosigkeit reichen bei weitem nicht aus.

Die Tatsache, dass Angela Merkel bei der Abstimmung zum Griechenland-II-Paket die **Kanzlermehrheit verfehlt** hat, zeigt, dass ihre Autorität in den Koalitionsfraktionen bröckelt. Sie selbst hatte im Vorfeld diese Abstimmung zu einer Kernfrage ihres politischen Handelns erhoben. 2001 sagte Merkel als damalige Oppositionsführerin im Bundestag: „In der Opposition ist man nie verpflichtet, ein vollkommen geschlossenes Abstimmungsverhalten hinzubekommen. Als Regierung schon. Schafft man das nicht, leidet nicht nur deren Handlungsfähigkeit, sondern auch das außenpolitische Ansehen Deutschlands.“ Das passt auch zur heutigen Situation.

Eine weitere Niederlage musste die Machtpolitikerin Merkel bei der **Nominierung eines Nachfolgers für den Bundespräsidenten** hinnehmen, als sie sich von der FDP und Philipp Rösler massiv dazu drängen lassen musste, mit Joachim Gauck einen parteiübergreifenden Kandidaten zu nominieren. Das zeigt: Die Regierungskoalition ist heillos zerstritten. Dass innerhalb von zwei Jahren der Bundespräsident zweimal vorzeitig zurücktreten muss, hat es in der Geschichte der Bundesrepublik noch nicht gegeben. Das Ansehen des Amtes ist angekratzt. Ich bin froh, dass wir nun mit **Joachim Gauck** einen Kandidaten haben, der dieses Ansehen wiederherstellen wird. Ich habe ihm schon 2010 meine Stimme gegeben und freue mich, ihn am 18. März erneut wählen zu können. Ich weiß, dass er kein eingeschworener Sozialdemokrat ist und an der einen oder anderen Stelle auch eine andere Meinung als die SPD vertreten wird. Aber genau diese Unabhängigkeit zeichnet Gauck aus. Gerade weil er eine prägende Biografie hat, die Respekt in breiten Teilen der Bevölkerung findet, und gerade weil er frei heraus spricht und nicht der Kontroverse aus dem Weg geht, kann er für Deutschland in einer Zeit mit vielen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Unsicherheiten ein guter und geachteter Präsident sein.

Mit freundlichen Grüßen

